

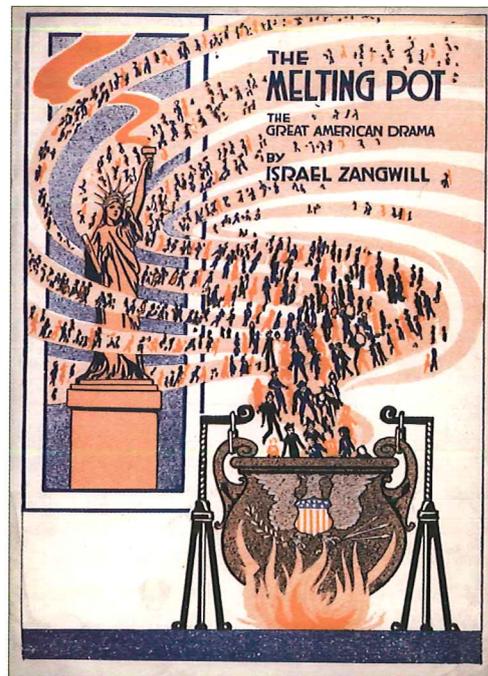
GILETIC

„All men are created equal“ – so lautet die Kernaussage der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776. Und die französische Menschen- und Bürgerrechtserklärung vom August 1789 ergänzt: „Les hommes naissent et demeurent libres et égaux en droits.“ Mit diesen Aussagen zur Gleichheit der Menschen griffen die beiden zentralen Revolutionsdokumente Kernideen des von Rousseau Mitte des 18. Jahrhunderts in die philosophische Debatte eingebrachten Gleichheitsdiskurses auf. Zugleich legten sie die Grundlagen für die Entwicklung eines sozialpolitischen Gleichheitsbegriffes, aus dem in der Folgezeit konkrete politische Forderungen abgeleitet werden konnten. Dieser sozialpolitische und rechtliche Gleichheitsbegriff prägt auch heute noch die politische und gesellschaftliche Verhandlung und die diskursive Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt.

So kann und muss etwa die aktuelle politische Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa auch als politische und gesellschaftliche Verhandlung des Prinzips der Gleichheit und der Toleranz beziehungsweise Tolerierbarkeit von ethnischer und religiöser Ungleichheit ausgelegt werden. In den europäischen Kultur- und Sprachnationen, die sich als kulturelle Einheiten verstehen und sich gleichzeitig zu rechtlicher Gleichheit bekennen, setzt sich zunehmend ein Angstdiskurs durch, der sich immer häufiger auch in Gewaltpraktiken gegen das vermeintlich Fremde und Andere äußert und Ausdruck einer wahrgenommenen politischen und kulturellen Verwundbarkeit ist. Hier ist die Politik gefragt: Wie kann eine als bedrohlich wahrgenommene ethnisch-kulturelle und religiöse Pluralität mit dem europäisch-universellen Ideal der ‚Gleichheit der Menschen‘ versöhnt werden?

### Gleichheit und Vielfalt im transatlantischen Diskurs

Politische und rechtliche Gleichheit und religiöse, ethnische, rassische Vielfalt sind zwei Seiten einer Medaille. Die Forderung nach Ersterer setzt die Erfahrung von Ungleichheit und Vielfalt voraus. Das daraus folgende Spannungsfeld von Gleichheit und Differenz ist seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert Gegenstand der politischen und gesellschaftlichen Diskussion über Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der Neuen und der Alten Welt, zwischen Europa und Amerika.



Theaterprogramm (1916) zur Aufführung von *The Melting Pot* von Israel Zangwill

Zugleich beobachteten und beschrieben Zeitgenossen die Widersprüche, die sich aus der sozialpolitischen Gleichheitsforderung der Atlantischen Revolutionen und der vielschichtigen sozialen Realität der Ungleichheit ergeben. Seit dem 18. Jahrhundert haben sich zunächst Vertreter der europäischen Aufklärung, später Soziologen und Sozialkritiker und mittlerweile auch Philosophen und Politikwissenschaftler mit diesem Dilemma auseinandergesetzt. Sie versuchten, Antworten in Form von Gesellschaftsmodellen zu finden, die die existierenden Widersprüche und Spannungen auflösen sollten. Konzepte wie *Melting Pot*, „kulturelles Mosaik“, Multikulturalismus und Interkulturalismus versuchen auf sehr unterschiedliche Weise den Gegensatz von Gleichheit und Differenz aufzuheben und die damit verbundenen politischen, sozio-kulturellen, ökonomischen und religiösen Spannungen zu lösen, die zwischen der angestrebten Homogenität und der erlebten Heterogenität herrschen.



Als transatlantisch sozialisierte und in Europa und Nordamerika in gleicher Weise politisch einflussreiche Autoren sind (u.a.) St. John de Crèvecoeur, Alexis de Tocqueville, Randolph Bourne, Horace Kallen, Milton Gordon, Charles Taylor, Gérard Bouchard oder Steven Vertovec zu erwähnen. Sie konstituieren einen transatlantischen Diskursraum, in dem aus der Perspektive sehr unterschiedlicher empirischer Erfahrungen und politischer Kontexte der Umgang mit Gleichheit auf der einen Seite und Pluralität, Differenz und Vielfalt auf der anderen Seite verhandelt wird. Die von ihnen entwickelten gesellschaftlichen Brückenkonzepte sind reisende Konzepte (*travelling concepts*), die während ihrer Reise unterschiedliche soziale Resonanzböden finden und durch zeit- und raumspezifische Rezeptionen modifiziert werden. Die transatlantische Verhandlung des Dilemmas der Gleichheit ist ein ständiger konzeptueller Übersetzungsprozess zwischen Nordamerika und Europa, der sich allerdings in jüngster Zeit immer mehr zu einer Einbahnstraße entwickelt. Nordamerikanische Gesellschaftsmodelle gewinnen in Europa immer stärkere Attraktivität.

### Interkulturalismus und das Dualitätsparadigma

Das jüngste und wahrscheinlich auch offensivste Beispiel dieses seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert beobachtbaren euro-atlantischen Diskurses ist eine Konferenz zum Gesellschaftsmodell des Interkulturalismus, die im Mai 2011 auf Initiative des Europarats in Montréal durchgeführt wurde. Hier diskutierten Vertreter von Europas führendem Gremium für Menschenrechte mit dem kanadischen Philosophen und Politiker Gérard Bouchard<sup>1</sup> über die Frage des politischen Umgangs mit der zunehmenden ethnischen und religiösen Diversität in Europa und Nordamerika. Während die Politik des Multikulturalismus die Gleichheit und das Eigenrecht aller Kulturen postuliert und in seiner extremen Form die Möglichkeit zurückweist, einen kulturübergreifenden Werte-Konsens zu etablieren, fordert Interkulturalismus den Schutz der Mehrheitsgesellschaft vor den kulturell relativierenden Folgen multikultureller Toleranz. Auch die Mehrheit, verstanden als sprachlich-kulturell homogenes Konstrukt, ist verwundbar! Auch die Mehrheit muss deshalb politisch geschützt werden! Was macht das Mehrheits-Minderheitsparadigma des Interkulturalismus für Québec, was für den Europarat so attraktiv? Zur

Beantwortung dieser Frage ist ein kurzer Blick in die Geschichte Québecs notwendig. Das Konzept des Interkulturalismus wurde in den 1970er-Jahren von Québec als Abwehrreaktion gegen die kanadische Politik des Multikulturalismus in die inner-kanadische Diskussion eingebracht. Das frankophone Québec, das sich mit der Stillen Revolution der 1960er-Jahre von der Anglo-Dominanz emanzipierte, fühlte sich als sprachliche Minderheit von der Politik des Multikulturalismus bedroht und befürchtete den Verlust der frankophonen kulturellen und sprachlichen Identität angesichts der dominanten anglophonen Mehrheitskultur in Nordamerika und der zunehmenden Einwanderung sprachlich-kulturell und religiös fremder Kulturen.

Mit der Politik des Interkulturalismus reagierten Vertreter des sich emanzipierenden Québecs auf den eigentümlichen Doppelstatus, den das frankophone Québec in Nordamerika einnimmt. Es ist zugleich Mehrheits- und Minderheitskultur: Innerhalb Nordamerikas sind die frankophonen Kanadier eine Minderheitskultur. In Québec repräsentieren sie jedoch die Mehrheitsgesellschaft. Zum Schutz der als verwundbar wahrgenommenen eigenen sprachlich-kulturellen Position plädiert die Québecer Politik des Interkulturalismus für ein Integrationsmodell, das von den Einwanderern die grundsätzliche Anerkennung der frankophonen Québecer Identität und des damit verbundenen politisch-kulturellen Wertekanons verlangt.

Das in der Integrationsidee des Interkulturalismus enthaltene Schutzgebot für die Mehrheitsgesellschaft kommt der europäischen post-multikulturalistischen Einwanderungs- und Integrationspolitik entgegen. Interkulturalismus findet im Konzept der Interkulturalität, das im Kontext der europäischen Integration in die politische und wissenschaftliche Debatte eingeführt wurde, einen europäischen Widerhall. Dabei beinhaltet der hier holzschnittartig skizzierte europäisch-kanadische Austausch und Ideentransfer einen interessanten Twist in der politischen Debatte um Minderheitenschutz. Minderheitenschutz geht nur Hand in Hand mit dem Schutz der Mehrheit, mehr noch: Schutz der Mehrheit ist Voraussetzung für jede Politik des auf Integration zielenden Minderheitenschutzes. Dieses Dualitätsparadigma ist zugleich Grundlage und Ausgangspunkt des Umgangs mit kultureller Pluralität. In einigen europäischen

<sup>1</sup> Bouchard, Gérard, *L'interculturalisme : un point de vue québécois*, Montréal 2012.

Staaten – Belgien, Portugal, Spanien und Schweden – ist es in Form des interkulturellen Dialogs als integrationspolitisches Instrument bereits umgesetzt worden.<sup>2</sup>

### In Vielfalt geeint

Wenn weder *Melting Pot*, also das auf Assimilation zielende Homogenitätsparadigma, noch Multikulturalismus, d.h. das auf Akzeptanz kultureller Pluralität basierende Diversitätsparadigma, politisch gewollt oder gesellschaftlich umsetzbar ist: Welche Gesellschaftsmodelle können dann zwischen dem nationalstaatlich institutionalisierten Ideal von Gleichheit/ Einheit und der transnationalen, ethnisch-kulturell heterogenen europäischen Wirklichkeit vermitteln? Wie können die massiven Abwehrreaktionen gegen Ausländer und Flüchtlinge sozio-kulturell und gesellschaftspolitisch aufgefangen und positiv gewendet werden? Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich nicht nur der Europarat, sondern auch das Forschungsprojekt „Dilemma der Gleichheit“ am Kulturwissenschaftlichen Kolleg Konstanz.

Das Projekt rekonstruiert die historische Entwicklung sowie die Brüche und Verschiebungen in der Imagination und Repräsentation von Gleichheit, Vielfalt und Differenz. Über diese Rekonstruktion sollen die sich wandelnden diskursiven Strategien der Integration von Fremdheitserfahrung in den gesellschaftlichen Wissensvorrat euro-atlantischer Gesellschaften identifiziert und die damit verbundenen Gesellschaftsmodelle herausgearbeitet werden.

Folgende historische Entwicklung des Umgangs mit dem Dilemma der Gleichheit lässt sich beobachten: Die intellektuelle und politische Auseinandersetzung darüber, wie Differenz im Sinne sozialer, ethnischer, religiöser und rassischer Ungleichheit zu verorten sei, nahm parallel zur Etablierung des sozialpolitischen Gleichheitspostulats seit der Mitte des 18. Jahrhunderts sprunghaft zu und gewann mit der Amerikanischen und Französischen Revolution an Dynamik. Die konzeptuellen Spannungen, die sich aus der Gleichzeitigkeit von Gleichheitspostulat und Vielfaltserfahrung ergaben, verschärfen sich im 19. Jahrhundert dadurch, dass mit der Entstehung moderner Nationalstaaten das Gleichheitspostulat der Aufklä-

rung durch das Einheitspostulat des Nationalismus eine auf Homogenisierung und Assimilation gerichtete Entwicklung entfaltete. Das dadurch konstituierte Spannungsfeld von Gleichheit/Ungleichheit und Einheit/Vielfalt bewies seine stärkste politisch-gesellschaftliche Wirkung in der Zeit zwischen dem *fin de siècle* und den 1950er-Jahren. Das Epochenjahr 1968 und die damit einhergehenden gesellschaftlichen und politischen Umbrüche leiteten ein kurzes post-nationales Intervall ein: Während dieser Zeit griff das neo-liberale Konzept des Multikulturalismus Platz und postkoloniale Interventionen brachen das nationale Einheitspostulat, das nach Homogenisierung und Assimilation strebte, diskursiv auf. Das Ende des Kalten Krieges und die gesellschaftliche und politische Wende von 1989 führten jedoch, insbesondere in Europa, zu einer Re-Nationalisierung der politischen Diskussionen über Zu- und Einwanderung. Im deutschen Falle machten sie durch die Konzepte von Leitkultur und Parallelgesellschaft das exkludierende, nationalstaatlich geprägte Einheits- und Gleichheitsparadigma wieder hoffähig.

Die gegenwärtige politische Diskussion versucht einen Mittelweg zwischen nationalem Einheitsideal und Respekt vor dem Anderen und Fremden im Sinne des Gleichheitspostulats zu finden. Dabei zeigt die Erfindung der Diversität als neues Gesellschaftsparadigma die Ambivalenzen und Paradoxien auf, die die gegenwärtige Verhandlung des Dilemmas der Gleichheit charakterisieren. Ob das Motto der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“, das zur Jahrtausendwende eingeführt wurde und deutlich an das amerikanische Motto „E pluribus unum“ erinnert, diskursiv steuernd in die gegenwärtigen europäischen Debatten einzugreifen vermag, darf bezweifelt werden.

**Ursula Lehmkuhl** ◀◀



**Ursula Lehmkuhl** ist Professorin für Internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert an der Universität Trier. Im Wintersemester 2015/16 forschte sie am Kulturwissenschaftlichen Kolleg Konstanz über „Das Dilemma der Gleichheit: Die Konstruktion und Repräsentation von ‚Vielfalt‘ und ‚Differenz‘ im euro-atlantischen Raum des 19. und 20. Jahrhunderts“.

<sup>2</sup> García Agustín, Óscar, „Intercultural Dialogue. Visions of the Council of Europe and the European Commission for a Post-Multiculturalist Era“, in: *Journal of Intercultural Communication*, Issue 29, August 2012.